

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Rettungsversuche	S. 2
Sozialstaat? Arbeitslosigkeit - kein unabwendbares Schicksal!	S. 3
Von der Schuld der Verantwortlichen	S. 6
Fließendes Geld und Heilung des sozialen Organismus	S. 7
Geplante Steuerreform: weiterer Versuch der Systemstabilisierung	S. 10
Nachträge zu: Die Europäische Währungs- union - Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?	S. 13
Edel-Mist und Edel-Leute	S. 19
Zum Rinder- und sonstigen Wahnsinn sowie dem Verdacht, daß Rinderwahnsinn auch ohne Fleischverzehr übertragbar ist	S. 21
Einladung zur FSU-Sommertagung	S. 23
Schrecken die Spuren der Vergangenheit?	S. 24
Wir suchen Gesprächskontakte	S. 26
Was ist Kapitalismus?	S. 27
Margrit Kennedy: „Interest and Inflation Free Money“	S. 30
Wie ist das mit der Diktatur?	S. 32
Leserbriefe	S. 33
Zur Bargeldhortung in Niedrigzinsphasen	S. 34
Impressum	S. 36

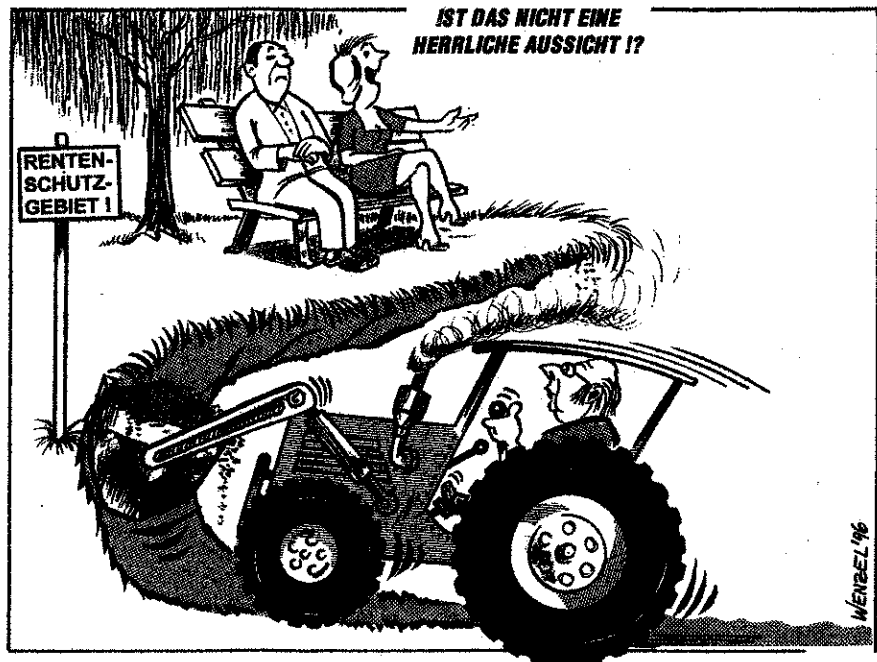
Politiker entdecken das „Ei des Kolumbus“

Jahrzehntelang wurde die Gebetsmühle gedreht: „Die Renten sind sicher.“ Wer auch regierte, sorgte sich um die Rentnerstimmen. Damit keine der Parteien das Rententhema im Wahlkampf ausschalten konnte, kam es zum Rentenkonsens, sprich Kürzungen, so 1992. Doch alle Gesetzesänderungen reichten nicht einmal für eine vierjährige Verschnaufpause aus. Die größer werdenden Haushaltslöcher gefährden die Rentenformel und damit das gesamte staatliche Rentensystem.

Jetzt ist es mit Kürzungen und Beitragserhöhungen nicht mehr getan. Nun wird offen über eine Grundversorgung nachgedacht und zu einer zusätzlichen privaten Vorsorge aufgerufen. Die schönen Aussichten auf einen beschaulichen Lebensabend verschwinden hinter dem Nebel solcher Überlegungen. Der Vorschlag, mit privater Zusatzversicherung den Absturz auf das Niveau der Sozialhilfe zu vermeiden, offenbart den Bankrott der Finanz- und Sozialpolitik.

Das also soll das „Ei des Kolumbus“ sein: Sozialrentner werden Kapitalrentner! Wie sie bisher an den sozialen Staat, sollen sie nun an den Kapitalismus glauben. Was bisher in die Rentenkasse an Beiträgen floß, kommt nun aufs Konto. Fleißig, fleißig sparen, die Zinsen immer wieder neu anlegen - und schon ist man mit 65 Jahren Millionär! Bei 6% Zinsen bekämen die Rentner dann einen Kapitalertrag von 60.000 DM, abzüglich Steuern blieben rund 40.000 DM. Schöne Aussichten!?

Nur setzt das den Glauben an die Währungshüter voraus, die bisher schon versagten. Die Deutsche Mark von 1950 ist heute nur noch 30 Pfennig wert. Somit wird jede private Vorsorge nur bei einer absolut stabilen Währung sinnvoll. Das kann die Bundesbank nicht garantieren! Also platzt das „Ei des Kolumbus“. Sichere Renten sind im heutigen System ebenso illusorisch wie eine stabile Währung. (ws)



NACHTRÄGE

zu:

Die Europäische Währungsunion - Ist Kritik daran = DM-Nationalismus?

5. Folge

von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion : Mit dieser letzten Folge von Abromeits Beitrag zum Thema Europäische Währungsunion ist das Thema an sich noch nicht ausdiskutiert. Wir werden es weiterhin verfolgen. Aber auch die Diskussion eines unendlichen Themas braucht einen Schlußpunkt, damit an anderer Stelle von neuen Diskutanten ein neuer Anfang gesetzt werden kann.

Nach Karl Otto Pöhl, Bundesbankpräsident von 1980 bis 1991, ist das Statut für eine europäische Notenbank, das Bestandteil des Maastricht-Vertrages ist, „wahrscheinlich die modernste und beste Notenbank-Verfassung, die es überhaupt irgendwo gibt.“ (siehe Beilage: *Weltmacht Geld in Spiegel spezial*, 5/96). Wir werden diese Notenbank-Verfassung dokumentieren, kommentieren und diskutieren.

5. Nachträge

5.1 Angaben über DM- und Dollar- Noten-Bestände im jeweiligen Ausland als währungspolitischer Störfaktor und als ein Problem bei der Währungsumstellung

In der ersten Folge habe ich (nach der redaktionellen Zwischenüberschrift „Von der kranken Leitwährung Dollar zur kranken Leitwährung Euro“) darauf hingewiesen, daß Dollar- und DM-Noten in wesentlichen Größenordnungen im jeweiligen Ausland kursieren oder gehortet werden. Dies ist allgemein deshalb ein Problem, weil die Notenbanken bei der Geldmengensteuerung diesen Teil des Bargeldes praktisch nicht kalkulieren können. Dollar- und DM-Noten stellen jeweils Ansprüche auf Güter und Dienstleistungen in den Märkten ihres Geltungsbereiches dar. Banknoten im Ausland repräsentieren nichtabgerufene Güter im Markt ihres Geltungsbereiches. Der amerikanischen und der deutschen Volkswirtschaft wird sozusagen ein zinsloses Darlehen von anderen Volkswirtschaften gewährt.

Ändert sich nun die Einstellung der Dollar- und DM-Noten-Inhaber im Ausland zu diesem Bargeld z. B. aufgrund politischer Ereignisse, dann kann es zu großen Notenrückläufen kommen. Im Markt sind aber keine Güter für dieses zurückfließende Geld vorhanden. Es kommt zur Inflation. Multiplizieren muß man die zurückfließende Bargeldmenge mit der Umschlaghäufigkeit des Geldes. Die einsetzende inflatorische Tendenz kann dabei die Umlaufgeschwindigkeit noch erhöhen.

Das besondere Problem in bezug auf die Europäische Währungsunion besteht nun darin, daß die im Ausland befindlichen DM-Noten in Euro-Noten (oder in Ansprüchen auf Euro-Noten) umgetauscht werden müssen. Setzt man nun die Umtauschverhältnisse der jetzigen europäischen Währungen zum Euro aufgrund einer Kaufkraftparitätenberechnung fest, dann ist die DM überwertet, weil in die Preisniveauberechnung die jetzt noch im Ausland befindlichen DM-Bestände gar nicht eingehen. Ein Ausweg wäre, daß erst die Bundesbank durch Verkauf ihrer Gold- und Devisenbestände die Auslands-DM reduziert

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merktzettel für die weitere Diskussion
- Kasten: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (siehe DDW 4/1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte und zwei Nachträge
- 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden,“
- 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (siehe DDW 5/1996)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei,“ Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‚Bauernfänger‘,“

5. Folge (in diesem Heft)

5. Nachträge
- 5.1 Angaben über DM- und Dollar-Noten-Bestände im jeweiligen Ausland als währungspolitischer Störfaktor und als ein Problem bei der Währungsumstellung
- 5.2 Haltung der Sparkassen
- 5.3 Aufklärung über die Chancen und Gefahren einer Europawährung oder ein Propagandafeldzug für eine blinde Unterwerfung?
- 5.4 Zwischenruf eines Lesers

und der restliche Teil durch Verkauf von Bundesvermögen eliminiert wird. (Letzteres hat aber nur dann eine Wirkung, wenn der Bundesfinanzminister die DM-Verkaufserlöse verbrennt. ➤

Wie groß sind nun aber die Dollar- und DM-Bestände im jeweiligen Ausland?

Die Antwort ist ja auch gleich eine Teilantwort auf die Frage, wieviel Geld überhaupt gehortet wird, also dem eigentlichen Geldkreislauf entzogen ist. Die USA sind nun dabei, ihre 100-Dollar-Noten umzutauschen. Für die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ) war das ein Grund für einen Bericht. Am 8. 3. 96 wird unter der Überschrift

„Benjamin Franklin rückt ein bißchen zur Seite“

zu lesen, daß der Grund für die Umtauschaktion die begründete Angst vor dem Falschgeld ist. Die täuschend echten Blüten tauchen nicht nur im Ausland auf, sondern auch in den USA. Die neuen Noten sollen fälschungssicherer sein. Nun werden für unser Thema interessante Zahlen genannt:

„80 Milliarden Dollar an 100-Dollar-Noten werden ab 25. März in Umlauf gebracht. Weltweit befinden sich rund 380 Milliarden Dollar in Umlauf, zwei Drittel davon im Ausland.“

Wie hoch die Summe der gefälschten Dollar ist, ist wahrscheinlich nicht einmal zu schätzen.

Wenn wir berücksichtigen, daß schon das Dritte Reich ausländische Banknoten perfekt gefälscht hat, können wir nicht ausschließen, daß dies die ehemaligen sozialistischen Staaten in ihrer ständigen Devisennot auch versucht haben. Oder in der Desorganisationsphase des Umbruchs kann der Zugriff auf Geldnotendruckereien von Privaten oder kriminellen Organisationen mißbraucht worden sein. Ich kann hier nur vermuten oder spekulieren. Realistisch einschätzen muß man aber, daß hier auch für die DM-Stabilität ein Gefahrenpotential liegt. (Die Anzahl der in der BRD entdeckten gefälschten Noten wird für 1995 mit 31 148 angegeben. Ist also relativ gering. - HAZ 25. 4. 96)

Nun können die USA aus den aufgezeigten Gründen kein Interesse haben, daß die echten und (nicht erkennbaren) falschen Dollar in die USA zurückströmen. Die HAZ berichtet:

„Mit einer weltweiten Aufklärungskampagne versuchen die USA seit letzten Herbst den Dollar-Besitzern zu versi-

chern, daß ihre alten Geldscheine auch in Zukunft gültig sind. In Rußland und Osteuropa sowie in vielen Entwicklungsländern ist der Dollar häufig ein echter Ersatz für die Weichwährungen dieser Länder. Millionen von Menschen horten dort im wahrsten Sinne des Wortes ihre Dollar-Geldscheine unter der Matratze.“

Über einen Bericht von Helmut Creutz mit dem Titel

„Ein Drittel des DM-Bargeldumlaufs ist im Ausland“

in der Zeitschrift *Alternative 2000* wurde ich auf eine Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank vom Mai 1995 aufmerksam. Der Titel lautet: *„Der DM-Umlauf im Ausland.“* Der Verfasser ist Franz Seitz. Die Untersuchung wurde als *„Diskussionspapier 1/95, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank“* vorgelegt.

Über weite Strecken befaßt sich die Schrift mit dem Problem, eine Antwort wissenschaftlich zu fundieren. In dem Kapitel *„Zusammenfassung, Schlußfolgerung, Ausblick“* heißt es u. a.:

„Der anhaltende 'Boom' des deutschen Bargelds läßt sich mit einem engen Rationalitätsbegriff nur unzureichend erfassen. Die Motive der Bargeldhaltung im Inland liegen zu einem beträchtlichen Teil im Dunkeln. Weit weniger unklar ist jedoch, warum die DM im Ausland stark gefragt ist. Die bei dieser Entscheidung anfallenden Opportunitätskosten sind recht offensichtlich und als 'Konkurrenzprodukt' kommt de facto wohl nur der US-Dollar in Frage. Eine genaue Quantifizierung des Auslandsbestandes fällt aber äußerst schwer. Die theoretische und empirische Durchdringung des Auslandsphänomens unter Berücksichtigung der geldpolitischen Aspekte stand im Mittelpunkt der vorliegenden Studie.“ ...

An anderer Stelle heißt es:

„Auch wenn manchmal nicht zwischen Auslandsbeständen und internen Hortungen unterschieden werden konnte und es sich methodisch um recht unterschiedliche Vorgehensweisen handelt, kristallisierte sich doch eine gewisse allgemeine Tendenz heraus. So dürften sich inzwischen 30% bis 40% des gesamten Bargeldumlaufes außerhalb des Bankensystems im Ausland befinden. Es handelte sich

dabei 1994 um Größenordnungen zwischen mindestens 60 höchstens 90 Mrd DM.“ (Unterstreichung v. V.)

Wenn die Aussagen von Seitz auch mit Unsicherheiten belastet sind, weil *„die Bargeldstatistik in Teilbereichen äußerst rudimentär entwickelt ist“*, ist es doch lobenswert, daß er sich an das Thema herangewagt hat und daß die Bundesbank ihm dazu die Möglichkeit gegeben hat. Die Schlußfolgerungen Seitz's aus seiner Untersuchung kann ich aber nicht teilen. An einer Stelle heißt es: *„Für geldpolitische Zwecke ist dabei die konkrete Ausprägung des für das Inland 'inaktiven' Geldes irrelevant.“* Dies trifft nur so lange zu, wie die im Ausland befindliche Bargeldmenge nicht durch irgendwelche Ereignisse in den eigentlichen Geltungsbereich BRD zurückgetrieben wird. Die Umstellung von DM auf den Euro ist ein solches Ereignis.

Der Schlußabsatz lautet:

„Insgesamt dürfte das Bargeld, zumindest was die DM betrifft, noch lange kein 'Auslaufmodell' sein. Dazu trägt die Auslandsnachfrage zu einem erheblichen Teil bei. Der Bargeldumlauf im Ausland hat eine Größenordnung erreicht, die es nahelegt, ihn zwar in der Geldpolitik nicht zu ignorieren, sich davon aber auch nicht beunruhigen zu lassen. Versuche, ihn einzudämmen, sind von Deutschland aus zum Mißerfolg verurteilt; er muß wohl oder übel toleriert werden. Diese Versuche müssen vielmehr in den Ländern, in denen die DM verwendet wird, ansetzen.“

Die erste Aussage stimmt mit Äußerungen aus der Freiwirtschaftsschule überein, obwohl sich ein rein virtuelles Geld installieren läßt. (Es hätte sogar den Vorteil, daß es mit einen speziellen „Virus“ auf einfache Weise die erforderliche Umlaufsicherung eingebaut werden könnte. Der Nachteil, daß damit alle Zahlungsvorgänge aller Menschen kontrolliert werden könnten, wurde schon an anderer Stelle erwähnt.)

Die zweite Aussage ist gar nicht so beruhigend, wie sie vermutlich wirken soll, weil der Auslandsbestand an DM-Bargeld ein unsicherer Faktor in der Währungspolitik ist und bleibt.

Die dritte Aussage, daß Versuche von Deutschland aus die Auslandsbestände an DM einzudämmen, zum Scheitern verurteilt seien, stimmt nur unter den jetzigen Bedingungen der Währungs-

litik und nicht unter der Bedingung einer Umlaufsicherung nach freiwirtschaftlichen Vorschlägen.

Die vierte Aussage, daß der Ansatz einer Abhilfe im Ausland liege, stimmt insofern, daß die DM als Ersatzwährung und als Geldschatz überall dort uninteressant wird, wo die eigene Landeswährung die gleiche oder eine bessere Güte erreicht, als die DM.

5.2 Die Haltung der Sparkassen

Unter der Schlagzeile „*Sparkassen mißfällt die Verschiebungsdiskussion*“ berichtet die HAZ am 16. 2. 96, daß dem Präsidenten des Niedersächsischen Sparkassen und Giroverbandes, Dietrich Hoppenstedt, die Verschiebungsdiskussion um die Einführung der europäischen Währung mißfällt. Daß es für eine Unternehmensgruppe ärgerlich ist, wenn der Staat politische Maßnahmen einleitet, die erhebliche betriebswirtschaftliche Kosten verursachen, und dann diese Maßnahmen nicht konsequent durchführt, ist das ein Ärgernis, was unmittelbar einleuchtet.

Was nicht einleuchtet, ist, daß der Sparkassenverband und seine Mitglieder eine verfehlte Währungspolitik, die hinter der Maßnahme steht, zum Schaden ihrer Kunden mitträgt und eine kostenträchtige Propagandakampagne dafür starten will. Denn von einer Informationskampagne kann keine Rede sein. Die „*Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft*“ und als „*Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Wachstum, Stabilität und Frieden*“ ist bei den gegenwärtigen Grundlagen ein Wunsch, ein Glaubenssatz.

Obwohl der Umgang mit Geld das Arbeitsfeld der Bankkaufleute ist, ist ihnen offensichtlich nicht klar, daß die jetzigen nationalen Währungen Ursache für die ökonomischen Probleme Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Vermögenskonzentration und Umweltgefährdung sind.

Es gibt nicht einmal einen währungstheoretischen eindeutigen Begriff vom Geld. Wie sollen die Probleme, die in kleineren Einheiten nicht einmal geklärt und gelöst werden, in einer noch größeren Einheit mit erheblichen Interessensgegensätzen und unterschiedli-

chen Vorstellungen darüber, was eine gute Währung ist, gelöst werden?

Wenn die Sparkassen etwas Gutes tun wollen, dann ermöglichen sie eine offene Diskussion über Währungsfragen.

Der Schweizer Ökonom Binswanger sagte, daß 99% der Bürger die Währungsprobleme nicht kennen, einbezogen sind die Betriebs- und Volkswirte. Ludwig Erhard, auf den ja so gerne Bezug genommen wird, sagt, daß

„*RICHTIGES GELD* (...) *die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung (ist).*“

Und er war der Meinung, daß die Währungsfragen nicht nur ein Thema für sogenannte Fachleute ist.

„*Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.*“ (Währung und Wirtschaft, I. Heft, 1949)

Das Mitdenken der Bürger hat die Bundesregierung und der Bundestag schon durch die Mitwirkungsverweigerung bei der Formulierung und Beschlußfassung unserer Verfassung sabotiert. Die Fortsetzung des gewollten Nicht-Mitdenkens haben wir auf der Landesebene ebenfalls hinter uns und ist uns bzgl. der Kommunalverfassung gegenwärtig. Das Wirken der Verfassungsorgane (die nicht gleichzeitig Verfassungsgeber sein können) gegen den Souverän, das Volk, findet beim Thema Europäische Währungsunion, die die Bedeutung einer Verfassung hat, nur eine Fortsetzung.

Diesen Text hatte ich unter der Überschrift „*Die Sparkassen als Erfüllungshelfen einer verfehlten Währungspolitik*“ bei der HAZ als Leserbrief eingebracht. Er wurde nicht veröffentlicht.

Am 16. 4. 96 war in der HAZ unter der Schlagzeile „*Währungsunion wird für Kreditwesen teuer*“ zu lesen:

„*Für die Banken und Sparkassen wird die Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion nach Ansicht von West-LB-Chef Friedel Neuber ein 'personeller und finanzieller Kraftakt'. Die erheblichen Kosten entstünden durch die nötige Vorplanung, die Arbeitsvorbereitung, die Konzentration von Arbeitsgruppen und die Belegung technischer Einrichtungen, sagte Neuber*

in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Verbandes öffentlicher Banken (51 Mitglieder d. V.) in Frankfurt. Zwar sei es derzeit schwer, die genauen Kosten zu beziffern, doch werde die Umstellung allein die öffentlichen Banken - ohne Sparkassen - mehr als eine Milliarde kosten. In diesem Zusammenhang kritisierte Neuber, daß in der öffentlichen Verwaltung die Vorbereitungen auf die Währungsunion noch nicht einmal begonnen hätten.“

Warum legen sich die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute trotz der zu erwartenden hohen Kosten so für die Währungsunion ins Zeug? Ich vermute, daß die Antwort in den Erörterungen über die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute zu suchen ist. Diese Debatte wird nicht etwa auf der Grundlage einer erforderlichen ordnungspolitischen Orientierung geführt, sondern sie wurde durch die Finanznot der Länder und Kommunen ausgelöst. Eine Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute würde aber die gewachsenen verbandlichen und innerbetrieblichen Machtstrukturen durcheinander werfen. Dies macht den Funktionären des Sparkassenwesens natürlich Angst. Sie reagieren wie Funktionäre in allen Organisationen regagieren, nämlich mit Verhinderungsstrategien. Ich vermute, daß zwischen dem Kanzleramt und den Spitzenverbänden der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ein Kuhhandel stattgefunden hat. Die Sparkassen legen sich ins Zeug für die Europäische Währungsunion, dafür wird ihr rechtlicher Status nicht angerührt.

Inzwischen liegen in den Sparkassen Infos zum Thema aus. Mir liegt ein Faltblatt vor, das trägt den Titel „*Von der D-Mark zum Euro - Der Nutzen einer gemeinsamen Währung in Europa.*“ Als Vorteile werden zu recht herausgestellt:

- kein lästiges Geldwechseln mehr;
- keine Gebühren beim Umtausch;
- jeder erkennt auf einen Blick, ob der Kaffee, das Hemd, die Schuhe billiger oder teurer sind als zuhause;
- Überweisungen in Länder der Europäischen Währungsunion (EWU) gehen schneller und kosten weniger.

Dann warnt das Blatt vor falschen Propheten und selbsternannten Gurus, die die Bürger aufs Glatteis spekulativer Geschäfte führen, indem sie raten,

Ersparnisse in Fremdwährungen anzulegen. „Viele wirtschaften vor allem in die eigenen Taschen.“ Auch wenn die Sparkassen ebenfalls vor allem in die eigene Tasche wirtschaften, kann man diese Aussage noch hinnehmen. Ich habe allerdings den Verdacht, daß hier die Euro-Kritiker auf unauffällige Weise miterfaßt werden sollten.

Dann kommt eine Passage, wo die Werbung nahtlos in die Lüge übergeht:

„Oft wird die Sorge geäußert, der Euro werde weniger stabil sein als die D-Mark. Diese Sorge nehmen die Sparkassen sehr ernst. Sie werden im Interesse ihrer Kunden sorgfältig darüber wachen, daß die künftige Euro-Währung ebenso stabil wird wie die D-Mark. Auf die Sparkassen als 'Anwalt der Sparer' können Sie sich verlassen.“

Die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sind kein Organ der neuen europäischen Zentralbank. Wenn mit dem Euro etwas schief läuft, können sie lamentieren, aber nicht korrigierend eingreifen. Die gegebenen Stabilitätsversprechen sind also Nonsense oder Betrug. Der Verbund der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute mißbraucht das Vertrauen seiner Kunden. Aber nicht nur, daß die politische und organisatorische Einwirkungsmöglichkeiten der Sparkassen zu Gunsten eines stabilen Euros gleich Null sind, sie lassen nicht einmal erkennen, daß sie die theoretischen Einsichten dazu haben.

5.3 Aufklärung über die Chancen und Gefahren einer Europawährung oder ein Propagandafeldzug für eine blinde Unterwerfung?

Wie in der 1. Folge ausgewiesen, habe ich die vorliegende Arbeit einschließlich der Ergänzungen aber ohne diese Nachträge am 31. 12. 1995 abgeschlossen. Im letzten Abschnitt der Ergänzungen befaße ich mich mit den Genossenschaften und zeige auf, wie sie das Thema „Europäische Währungsunion“ für sich werblich einsetzen können, wenn sie eine offene Diskussion darüber unter ihren Mitgliedern ermöglichen. Der erste Schritt wäre aber, sich zu besinnen, wo die Genossenschaften herkommen, wo sie heute stehen und wo sie morgen ankommen wollen. Ich habe mich auf die Situation der Genossenschaftsbanken auch deshalb eingelassen,

weil ich befürchtet habe, daß sie, von Bonn unter politischen Druck gesetzt, statt einer sachlichen Erörterung zu dienen, einen Propagandafeldzug für die EWU unterstützen könnten. (Siehe auch den Abschnitt über die Sparkassen in dieser Folge.)

Am 2. Januar (d. J.) war dann auch schon unter der Schlagzeile „Der Bundespräsident wirbt fürs Euro-Geld“ zu lesen:

1. „Herzog warnte vor der Verschiebung des Starttermins für die EWU ... Herzog sagte der 'Bild am Sonntag', er sei überzeugt, daß die Stabilität der neuen Währung gesichert sei.“
2. „Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Georg Pfennig, forderte von der Bundesregierung wie von den Banken, Sparkassen und Versicherungen Aufklärungsaktionen über den Euro. Jeder habe Anspruch darauf zu erfahren, wie Sparbücher, Rentenversicherungen und Lebensversicherungen bei der Einführung der EWU umgestellt würden.“ ...
3. „Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) betonte die Vorzüge der Währungsunion.“ Er kritisierte zugleich die Wichtigtuerei der Deutschen, die „arrogante Forderungen an die Finanzpolitik der Nachbarn richten.“

Zum Zitat 1:

Die Worte unseres Bundespräsidenten Roman Herzog klingen so, wie die Worte eines Pastors, der seiner Gemeinde sagt: „Sorgt Euch nicht um morgen. Der Herrgott wird's besorgen.“ Nein, der Herrgott hat uns den Verstand gegeben, um selber vorzusorgen. Und sagt nicht der Gott der Christen: „Du sollst kein falsches Zeugnis reden!“?

Zum Zitat 2:

Aufklären kann nur jemand, der selber aufgeklärt ist. Ich kann nicht erkennen, daß die Bundesregierung, die Banken und die Versicherungen in bezug auf die Gefahren und verschleierte Potentiale der geplanten Währungsunion aufgeklärt sind.

Zum Zitat 3:

Helmut Schmidt betätigt sich einmal wieder als Pressesprecher von Helmut Kohl. Er moralisiert, klärt aber nicht auf.

Am 9. Januar titelt dann die HAZ bereits:

„Bonn macht Druck: Werbefeldzug für Eurogeld.“

„Die Deutschen sollen den 'Euro' schätzen lernen.“

Für 15 Millionen Mark soll eine Werbekampagne gestartet werden. Dies sei kein umwerfendes Budget - die Einführungskampagne für das Waschmittel „Megaperl“ habe z. B. 35 Millionen DM gekostet. Manfred Oberländer aus dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

„hofft angesichts der 'relativ bescheidenen Summe' beim Trommeln für den 'Euro' dann auch auf Flankenschutz von der EU-Kommission, von Wirtschaftsverbänden und Banken: 'Wir sind guten Mutes.'“

Da sich bisher 45% von Befragten gegen den Euro ausgesprochen haben und nur 23% dafür, nennt der Werbeagenturchef Coordt von Manstein die Aufklärung über die Vorteile der Währungsunion

„eine der schwierigsten Kommunikationsaufgaben, die es in den nächsten Jahren in Deutschland geben wird.“

In der Badischen Zeitung vom 10. April 1996 heißt es dann:

„Auch wenn die knackige Losung noch fehlt, so steht skizzenhaft doch bereits fest, was dem euro-skeptischen Bürger alles geboten wird, damit er seine heftige Ab- in höfliche Zuneigung umwandelt. Ein ganzes Feuerwerk von Animation wird er erleben. Seminare und Bürgerforen soll es geben, Computerspiele und Broschüren, Werbespots und Anzeigen.“

Anzeigen wird es mehr in den neuen Bundesländern geben als in den alten,

„denn in den neuen Ländern ist die Euro-Liebe gering und die Lage 'besonders delikat', wie ein Fachmann sagt. Nun sind Personen gesucht, die populär sind und Vertrauen erwecken. Banker und Gewerkschafter sollen ran, Schauspieler und Sportler. Überhaupt werden wohl einige Banken, Versicherungen und Kreditinstitute mittun im großen Euro-Werbespiel. Weil sie im Umgang mit Geld geübt sind, weil sie Kompetenz ausstrahlen und Seriosität.' Da ist das Bundespresseamt nicht vertrauenswürdig genug, sagt ein Regierungsbeamter. Was man von einer Behörde, die tag-ein, tagaus dabei ist, Regierungspolitik zu schönen, auch kaum erwarten kann.“

Es wird dann auch angemerkt, daß es wohl kein Zufall ist, daß der erste Höhepunkt der Werbekampagne mit der Bundestagswahl 1998 zusammenfällt.

In der HAZ vom 26. April wird dann vermeldet, daß der EU-Kommissar Yves-Thibault de Silguy erklärte, daß die Aufklärung über die Euro-Währung in erster Linie Sache der Mitgliedsstaaten sei, aber Brüssel wolle die Kampagne technisch und finanziell unterstützen.

Im laufenden Jahr 1996 sind im EU-Haushalt dafür knapp 37 Millionen DM vorgesehen.“

Kommentare dazu:

1. Variante: Eigentlich kann man nur noch höhnen: Die arme Bundesregierung, die bedauernswerten Europa-Politiker, hätten sie doch einen Propagandaminister Josef Goebbels wie ehemals die Nationalsozialisten.
2. Variante: Die Mitarbeiter der Werbeagenturen und die populären vertrauenswürdigen Persönlichkeiten werden sich fragen müssen, ob ihnen die Rolle des Judas in dem "Spiel" wirklich lieb ist und ob ihnen die Silberlinge wirklich bekommen?
3. Variante: Die Übereinstimmung der Werbung für den Euro als wirkungsvollste politische Waschmittel, daß es je gab, und derjenigen für Megaperls, dem Mittel für die Wäsche im Haushalt, ist unter den Umständen, wie sie in Angriff genommen wird, verblüffend.
4. Variante: In einer Gesellschaft, die sich als freie versteht und die die Demokratie als Herrschaftsform nicht nur verbal, sondern real bejaht, kommt es wesentlich darauf an, daß es bei Entscheidungen von politischem Gewicht, wie der Wechsel einer Währungsverfassung eine ist, zu einer unmanipulierten Meinungsbildung kommt. Das bedeutet, in dem Prozeß der Meinungsbildung müssen alle Beteiligten eine Chancengleichheit haben, Pro- und Kontraargumente einzubringen. Wenn Regierungen durch den Griff in die Staatskassen die Bürger einseitig informieren, dann haben sie ihren demokratischen Status verloren und sich die Titulierung „totalitärer Staat“ erworben. Bei alle dem wird auch das in den politischen Dreck gezogen, was an den Ideen vom vereinigten Europa und einer Europawährung gut und schön ist.

Außerdem: Die Aufgabe der DM-Währung und Einführung der Euro-Währung für Deutschland ohne Volksentscheid wäre nach dem Schwindel mit der Verfassung nach der deutschen Vereinigung die zweite politische Entmündigung in der Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

„Das Geld ist genau wie alle anderen zivilisatorischen Entwicklungen ein Humanum a priori, von vornherein. Es ist ein Produkt menschlichen Geistes und der gesellschaftlichen Verhältnisse.“

Dies ist eine Aussage von Johann Philipp von Bethmann in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist Geld?“. An anderer Stelle sagt er:

„Das Nichtwissen über das Geld ist der Grund allen Elends heute.“

Eine solche Aussage erweckt häufig ungläubigen Widerspruch; sie stimmt aber im Kern, auch wenn man Bethmanns Begriff vom Geld nicht zustimmen kann. Das Nichtwissen über das Geld in der Politik nicht zu berücksichtigen, ist vermutlich noch destruktiver, noch tödlicher als die Nichtbeachtung der Radioaktivität der Atomenergie.

Wir haben viele Jahrzehnte in Politik, Wissenschaft und Bürgerschaft versäumt, gründlich über das nach der Sprache zweitwichtigste Kommunikationsmittel - nämlich das Geld - nachzudenken. Jetzt soll in einem ungeübten Blindflug das Versäumte nachgeholt werden. In einer solchen Situation sind die Zögerer und Zauderer als politisch Progressive zu werten und es ist eine Dummheit der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, der SPD eine unverantwortliche Haltung zur Währungsunion vorzuwerfen und selbst zum vorbehaltlosen Befürworter der EWU zu werden. Hier wäre die vielbeschworene Basisdemokratie anzuwenden. Aber selbst in den Parteifachgremien ist bisher nicht mehr als eine stümperhafte Diskussion über das Thema entstanden.

Da andernorts sich aber die zweifelnden Stimmen mehren, sollte man nicht für einen zweifelhaften Propagandafeldzug Geld vergeuden und Personen verschleifen, sondern ein Denkpausen einlegen. Rudolf Augstein zitiert den Franzosen Jacques Rueff mit den Worten

„Europa wird durch das Geld entstehen, oder es wird gar nicht entstehen.“ (in der Beilage zum Spiegel spezial 5/96).

Es ist ein wahres Wort.

Ob es ein Europa der Bürgerkriege wird oder ein Europa des Friedens und der Freiheit, hängt wesentlich von der Art der Währungsverfassung ab.

Aus meiner Sicht sind die jetzigen Befürworter der Währungsunion (ohne funktionsgerechte Bedingungen) die wirklichen Feinde Europas. Aber vielleicht hat Augstein recht, wenn er schreibt:

„Kaum jemand Halbverantwortliches in Wirtschaft- und Finanzkreisen glaubt noch an einen fest datierbaren Beginn der Europäischen Währungsunion, mögen auch die Verantwortlichen in Brüssel, Paris und sogar am Rhein noch so laut 'Avanti' rufen.“

Auch Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl glaubt nicht an die Einhaltung der vereinbarten Termine. (Ebenfalls in der angeführten Beilage)

Die HAZ titelt am 10. 5. 1996:

„Termin für Währungsunion wankt immer stärker! Äußerungen von LZB-Präsident nähren Spekulationen! Kaum ein Land erfüllt alle Bedingungen.“

Im Text heißt es dann auch:

„Nach Außenminister Abel Matutes hat sich auch der neue spanische Wirtschaftsminister Rodrigo Rato für eine Verschiebung der geplanten Europäischen Währungsunion (EWU) ausgesprochen.“

Eine geplante Verschiebung ist allemal besser als eine gescheiterte oder verkorkste Einführung der EWU. Wir hätten dann auch die Möglichkeit, über die von Hans Magnus Enzensberger in die Debatte geworfene symbolische Dimension der Währungsordnung nachzudenken. („Eine Krone für Europa“, in der erwähnten Beilage)

Mit dem Wortteil Euro kann man leben. Es gibt aber sicher bessere Bezeichnungen. Zur Erinnerung: Karl Walker weist in seinem Buch „Neue Europäische Währungsordnung“ (1962 erschienen und immer noch aktuell) darauf hin, daß Mark ebenfalls ein europäischer Begriff ist, erst als Gewichtseinheit, dann als Währungseinheit. ➤

5.4 Zwischenruf eines Lesers

In der ersten Folge habe ich in dem Gliederungsabschnitt 1.2 *Zusammenfassung* ... unter Punkt 14 geschrieben:

„Die Notenbank muß nach Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes ihre Zinssätze für Kredite an die Geschäftsbanken und Regierungen höher ansetzen als der Geld- und Kreditmarkt, damit erst das bereits ausgegebene Geld in den Umlauf kommt, bevor die Notenbank neues Geld ausgibt. Die Notenbankzinssätze verlieren dadurch ihre Leitfunktion.“

Die Aussage ist meines Erachtens eindeutig und einsehbar. Sie gilt allerdings unter der Annahme, daß die Notenbank die Geldmengenregulierung über die Instrumente Diskontpolitik, Offenmarktpolitik und Wertpapierpensionsgeschäft vornimmt. (Die Vorgänge bei den An- und Verkäufen von Gold und Devisen dürfen wir in bezug auf die Geldmenge auch nicht ganz aus den Augen verlieren.)

Nun schreibt Walter Hanschitz-Jandl aus Deggendorf, daß ihn meine Darstellung verwundert.

„Das entspricht meines Erachtens überhaupt nicht dem Gesellschen Konzept; denn bei Gesell soll das Nachfragemittel Geld auch als Nachfrage in Umlauf kommen und überhaupt nicht als Kredit.“ (Der ganze Leserbrieftext ist in DDW 4/96 auf Seite 36 abgedruckt.)

Mich auf meine Erinnerung verlassend, sage ich, daß ist richtig, was Hanschitz-Jandl sagt. Und ich stimme auch zu, wenn er schreibt:

„Die herkömmliche Praxis der Geldemission scheint mir höchst problematisch.“

Mir ging es bei meiner Darstellung ja nicht so sehr darum, Gesell richtig wiederzugeben (aber auch nicht darum ihn zu verfälschen), sondern Wege für eine bessere Währungspolitik aufzuzeigen.

Streichen wir die jetzt angewendeten Notenbankinstrumente und greifen zurück auf die einfachen Instrumente *Ofen und Druckerpresse*, die zusammen mit guten Preisindizes und einer Umlaufsicherung des Geldes in der Tat ausreichen, um eine gute Währung zu machen, sind damit aber nicht alle Probleme behoben.

Wir müssen erstens beantworten, wie das neue Geld in den Kreislauf eingeführt wird und wie ein Zuviel an Geld dem Kreislauf entzogen wird. Nun kann der Verweis auf den Staatshaushalt, auf den Finanzminister kommen. Aber so wie die fiskalische Konjunkturpolitik die Irrationalität in die staatliche Haushaltsführung gebracht hat, so bringt auch Geldpufferfunktion ein Stück Unberechenbarkeit in den Staatshaushalt. Man könnte allerdings auch sagen, daß zusätzlich erforderliche Geld wird jeweils direkt an sozialpolitisch definierte Gruppen verteilt. Der Einzug des überschüssigen Geldes erfolgt über die Umlaufgebühr.

Zweitens müssen wir uns auf die von Karl Walker eingebrachte Fragestellung einlassen, die untersucht, wie verhält sich die Geldemission zur Wertschöpfung. Ausgehend von der Annahme, daß Geld sich aus universell tauschfähigen Gütern entwickelt hat (und nicht wie eine neue Schule behauptet aus Schuldverhältnissen) und somit beim Gütergeld nur jemand zu Geld kommen konnte, der vorher eine entsprechende Leistung für den Markt erbracht hatte. Walker schlußfolgert daraus, daß auch heute niemand durch die Geldschöpfung der Notenban-

ken einen Anspruch auf Güter in den Markt erhalten darf, der nicht vorher selbst eine Gegenleistung erbracht hat (Schenkungen und Übertragungen durch den Staat ausgenommen).

Die Geldschöpfung darf also keine illegitimen Ansprüche an den Markt produzieren. Er sah in der Diskontpolitik eine solche Möglichkeit, weil dem Handelswechsel immer eine Wertschöpfung vorausgeht. Mir hat an dieser Überlegung nicht gefallen, daß bei einer wachsenden Wirtschaft ein immer größerer Zahl an Wechseln über die Banken bei der Notenbank zum Diskont eingereicht werden müssen; daß es bei der kurzen Laufzeit der Wechsel zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand kommt, und daß ein immer größer werdender Zinsstrom aus der Wirtschaft zur Notenbank fließt. (Das ist auch dann noch ärgerlich, wenn der Notenbanküberschuß beim Finanzminister landet.)

Dann hat Walker auch noch die Frage umgetrieben, wie sich die Notenemission bzw. die Verringerung der Geldmenge auf die Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Preise und Güter auswirkt. Er kam zu diesen Fragen, weil er im Laufe seiner geldtheoretischen Arbeiten das einbezog, was vor Marx in der Werttheorie abgehandelt und von der Freiwirtschaft vernachlässigt wurde.

Dies alles kann und darf uns aber nicht daran hindern, zielstrebig die umlaufgesicherte Indexwährung zu realisieren.

Mit den Erfahrungen werden dann auch die Wege zu verfeinerten Methoden in der Emission, wie in der Umlaufsicherung sichtbar. ■